

Sexarbeiterinnenrechte sind Frauenrechte

UT: Plädoyer für eine differenzierte und gründliche Wahrnehmung
Renate Blum

In der historischen Konstruktion und in der sozialpolitischen und gesellschaftlichen Wahrnehmung war und ist Prostitution/Sexarbeit¹ verbunden mit einem Konzept, das Frauen ausschließlich als Opfer von Gewalt sieht. Diese problematische Identifizierung verschiedener Themen weicht einer differenzierten gesamtgesellschaftlichen und politischen Wahrnehmung von Sexarbeit aus.

"Menschenrechte von Frauen und Mädchen sind ein unveräußerlicher, integraler und unteilbarer Bestandteil der universellen Menschenrechte", so die Abschlusserklärung der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien im Jahr 1993. Sexarbeiter_innen werden allerdings als Objekte gesehen und nicht als Subjekte von Rechten. Sie werden marginalisiert, kontrolliert und diskriminiert: durch Gesetze, Regelungen, gesellschaftspolitische Aktivitäten und Strömungen.

Die Instrumentalisierung der Akteur_innen – der (mehrheitlich migrantischen) Sexarbeiter_innen – wird durch Gesetze unterstützt, die verschiedenen Akteur_innen Profit ermöglichen, Sexarbeiter_innen aber weitgehend rechtlos lassen. Verschärft wird diese Situation durch Unklarheiten und Repressionen einer restriktiven Migrationspolitik. Gleichzeitig toleriert die in der Gesellschaft institutionalisierte Doppelmoral die Präsenz von Sexarbeiter_innen – ohne aber, dass der Staat ihre Rechte und ihren Schutz garantiert.

Sexarbeit bedeutet Arbeit

Das Konzept der Prostitution – in dem das Stigma bereits festgeschrieben ist – muss dekonstruiert werden: Wenn über andere Berufe gesprochen wird, entsteht ein inhaltlicher Bezug zur Tätigkeit. Bei Prostitution entsteht eine Assoziation zu Moral, Gewalt und Kriminalität. Zudem hat sich das "Prostitutionskonzept" mit einer negativen sozialen Bedeutung verfestigt und wird allgemein für Personen verwendet, die "sich verkaufen". Das Konzept erfährt also eine zusätzliche emotional negative Besetzung. In diesem Sinn ist das Konzept der Sexarbeit transparenter, weil es den Arbeitsbereich betont und umfassende Arbeits- und Sozialrechte miteinschließt.

Seit den 1970er Jahren bildeten sich in einigen europäischen Ländern wichtige Bewegungen von Sexarbeiter_innen, die – um ihre Rechte zu verteidigen und aus der Marginalisierung auszubrechen – in die Öffentlichkeit traten und ihre Rechte als Frauen und als Sexarbeiter_innen forderten. Das Recht auf Selbstbestimmung ist dabei zentral – und nicht die Frage nach den Gründen, aus denen die Tätigkeit ausgeübt wird.

Mitte bzw. Ende der 1980er Jahre wurden in Europa mehrere NGOs gegründet, die sich für die Rechte von Sexarbeiter_innen einsetzten. Statt einer Politik des Ausschlusses forderten und fordern sie die aktive Einbeziehung von Sexarbeiter_innen in alle für sie relevanten Entscheidungsabläufe.

Sexarbeit und Migration

Transnationalität im Bereich der Sexarbeit ist eine globale Realität auf einer interkontinentalen, kontinentalen und regionalen Ebene, die in den vergangenen Jahrzehnten auf beinahe allen Kontinenten zu beobachten war, anwächst und sich vervielfacht.

¹ Wir sprechen von Sexarbeit, um einen akzeptierenden und unterstützenden Zugang gegenüber sexuellen Dienstleister_innen begrifflich zu transportieren. Wir folgen der Definition der AG Recht/Prostitution der deutschen Hurenbewegung: „Sexarbeit/Prostitution ist eine freiwillig erbrachte sexuelle Dienstleistung, die einen einvernehmlichen Vertrag zwischen erwachsenen Geschäftspartner_innen voraussetzt.“ Ohne dieses Einvernehmen handelt es sich nicht um Prostitution, sondern um erzwungene Sexualität und damit um sexualisierte Gewalt.“

Die Internationalisierung der Sexarbeit bedeutet, Migrationsprozesse von Frauen und die bestehende Nachfrage in europäischen Ländern und anderen Zentren der Weltwirtschaft in Betracht zu ziehen. Es bedeutet einen Wechsel in der Quantität wie auch in der Qualität innerhalb der Sexarbeitsszene und eine Auseinandersetzung mit Frauenmigration.

Der transnationale Charakter der Sexarbeit wird offensichtlich in der Mobilität der einzelnen Frauen und des Marktes, in der Ausweitung auf neue Länder, in der ständigen Erneuerung von Zugangswegen von einem Land zum anderen, in Handelsabkommen zwischen transnationalen Gesellschaften, in der wachsenden Nachfrage und der Versorgung, mit der darauf geantwortet wird.

Die Akteurinnen sind nicht nur Frauen, sie sind auch mehrheitlich Migrantinnen. Diese Tatsache bedeutet, dass sie nicht nur von Marginalisierung und Stigmatisierung betroffen und Straf- und Prostitutionsgesetzen unterworfen sind, sondern sie sind auch ständig von restriktiven Migrationsgesetzen bedroht. Dies schließt Migrantinnen in der Sexarbeit auch von rechtlichen, sozialen und gesundheitlichen Angeboten aus.

Restriktive Einwanderungs- und Prostitutionsgesetzgebungen sind entscheidende Faktoren, die dazu beitragen, dass die Rechte von Migrantinnen verletzt werden. Um dem entgegen zu wirken, braucht es eine Politik, die auf die Einbeziehung von Sexarbeiter_innen fokussiert und die Akteur_innen als soziale Subjekte und nicht als Objekte des Ausschlusses betrachtet.

Gleichzeitig verhindert eine permanente Vermischung von Sexarbeit mit organisierter Kriminalität und mit illegalisierter Migration eine differenzierte Behandlung des Themas. Es braucht eine Perspektive, die das Thema Migration in der Sexarbeit außerhalb eines kriminellen Rahmens verortet. Es muss als eine soziale Realität wahrgenommen werden, für die adäquate Zugänge gefunden werden müssen.

Eine europäische Perspektive

Im Rahmen der Arbeit von TAMPEP² wurde bereits im Jahr 2009 eine Studie präsentiert, die eine Zusammenschau und Analyse zum Bereich Sexarbeit, Migration und Gesundheit in 25 europäischen Ländern beinhaltet. Darin wurde u.a. die Tendenz in den europäischen Gesetzgebungen festgestellt, dass anstelle von Gesetzgebungen, die Autonomie, Unabhängigkeit und Empowerment von Sexarbeiter_innen unterstützen, Maßnahmen getroffen werden, die die Würde und Selbstbestimmung von Sexarbeiter_innen untergraben und verhindern: Es werden vermehrt repressive Gesetze beschlossen, die Sexarbeiter_innen kriminalisieren. Kunden von Sexarbeiter_innen werden zunehmend kriminalisiert. Straßenprostitution wird per Gesetz und mittels gesellschaftspolitischen Aktionen unterbunden. Die Bereiche Sexarbeit und Menschenhandel werden inhaltlich an einander gekoppelt. Mit dem Argument gegen Menschenhandel vorzugehen, wird vor allem gegen Sexarbeiter_innen vorgegangen.

Dass sich an diesem Trend nichts geändert hat, sondern im Gegenteil die repressiven Maßnahmen und Tendenzen sich in den letzten Jahren weiter verschärft haben, zeigt auch ein Ländervergleich in mehreren europäischen Ländern.

² TAMPEP (European Network for HIV/STI Prevention and Health Promotion among Migrant Sex Workers) wurde 1993 als Reaktion auf die Probleme von migrantischen Sexarbeiter_innen in Europa gegründet. Seit ihrer Gründung hat die Organisation in 28 europäischen Ländern die Strukturen sowie Wandlungsprozesse innerhalb der Sexindustrie beobachtet und sich dafür eingesetzt, dass migrantische Sexarbeiter_innen Zugang zu Beratung und Unterstützungsleistungen bekommen. Dabei versucht TAMPEP bis heute, migrantischen Sexarbeiter_innen eine Stimme zu geben. / www.tampep.eu

Trotz der Forderungen von wichtigen Netzwerken und Organisationen (wie ICRSE, GAATW, Amnesty International u.a.) nach Entkriminalisierung werden die Gesetze zu Sexarbeit im europäischen Raum immer strenger und repressiver. TAMPEP hat in mehreren Publikationen dokumentiert, welche negativen Konsequenzen nationale Gesetze und Verordnungen für Sexarbeiter_innen haben, wenn Sexarbeit nicht als Arbeit anerkannt ist.³ Gleichzeitig ist das Stigma, das der Sexarbeit anhaftet, die mächtigste Waffe gegen deren Anerkennung.⁴

Es bestehen deutliche Zusammenhänge zwischen diesem repressiven Trend und der aktuellen Debatte um Menschenhandel. Anti-Prostitutionsgruppen benutzen die Rhetorik der Menschenhandelsdebatten, um auf die Abschaffung der Prostitution zu drängen. Die Anti-Immigrationslobby benutzt den Menschenhandelsdiskurs, um strengere Einwanderungsbeschränkungen zu fordern.⁵

Abolitionistische Kampagnen⁶ und politische Lobbyarbeit haben in den vergangenen Jahren zunehmend mediale Aufmerksamkeit und politische Unterstützung bekommen, obwohl anhand umfassender Forschungsarbeiten und Analysen⁷ belegt ist, dass die Kriminalisierung von Kund_innen oder Sexarbeiter_innen lediglich Vulnerabilitäten verstärkt und Gewalt und Ausbeutung in der Sexindustrie nicht effektiv in Angriff nimmt.

Um diesen europäischen Trends entgegen zu wirken, fordern engagierte Organisationen und Projekte in Österreich und anderen Ländern, dass die Frauen-/Menschenrechte von Sexarbeiter_innen umfassend anerkannt werden. Dazu braucht es gesetzliche Regelungen, die eine Grundlage und einen Rahmen bieten, damit diese überhaupt umgesetzt werden können.

Im Zentrum soll die Wahrung der Frauen- und Menschenrechte von Sexarbeiter_innen stehen – sie müssen das Recht haben, genauso wie andere ihr Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich gestalten zu können.

Forderungen

- Gleicher Rechtsschutz und Zugang zu Gerechtigkeit für alle Sexarbeiter_innen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus
- Entkriminalisierung von Sexarbeit
- Beteiligung und Einbeziehung von Sexarbeiter_innen in die Entwicklung von Gesetzen, die sie selber betreffen
- Beseitigung von Stigma und Diskriminierung
- Die Kontinuität von niederschweligen, nicht wertenden, anonymen und kostenlosen Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen garantieren

Weiterführende Informationen:

www.lefoe.at

www.tampep.eu

www.indoors-project.eu

Dieser Artikel wurde erstmals in „Frauensolidarität“, August 2010, veröffentlicht (Autorinnen: Maria Cristina Boidi, Renate Blum/LEFÖ) und 2016 aktualisiert.

LEFÖ – Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen / www.lefoe.at

³ <http://tampep.eu/documents/TAMPEP%20paper%20GER.de.pdf>

⁴ Sujata Gothoskar, Apoorva Kaiwar (2014)

⁵ NSWP Informationspapier zu Menschenhandel: <http://www.nswp.org/sites/nswp.org/files/SW%20is%20Not%20Trafficking.pdf>

⁶ Siehe Kampagne “Europe Free from Prostitution” – EWL; Deutschland EMMA

⁷ Studien: ICRSE / <http://www.sexworkerurope.org/> „Hands off our clients“, Worksheet #2 (S. 28)

<http://www.sexworkeropenuniversity.com/>: Swedish Abolitionism as Violence Against Women, presented at the sex worker open university, sex workers' rights Festival Glasgow, 6 April, 2013